Argumente für ein JA zu VoltaNord am 25.11.2018

Im VoltaNord (Lysbüchel) entsteht neuer Raum für das Quartier St. Johann, der allen zugute kommt: Zum Arbeiten, zum Wohnen, für Schule, Freizeit und Kultur. Der Vorschlag der Regierung wurde im Grossen Rat deutlich angenommen.

Im VoltaNord entstehen bis zu 3000 neue Arbeitsplätze und attraktiver Wohnraum für rund 2000 Personen. Hier gibt es auch öffentliche Grünflächen, Naturschutzzonen und einen Quartierplatz auf insgesamt mehr als 26'000 Quadratmetern.

Es gibt im VoltaNord weiterhin eine klar abgegrenzte Industriezone, die Flächen für Handwerk und Gewerbe werden mehr als verdoppelt. Dass ein Miteinander von Wohnen und Gewerbe möglich ist, hat in Basel seit Jahrzehnten Tradition.

Die Anliegen des Quartiers sind in die Planung aufgenommen worden. Es wäre fahrlässig, dies nach jahrelanger Arbeit über den Haufen zu werfen, und die Entwicklung des Stadtteils zu stoppen.

Basel wächst und hat für mehr Wohnraum abgestimmt. Im VoltaNord gibt es gut durchmischten Wohnraum im preisgünstigen bis mittleren Segment, darunter mindestens 30 Prozent günstige Genossenschaftswohnungen, ohne dass bestehender Wohnraum verloren geht.

Basel will für Bevölkerung und Investoren attraktiv bleiben, dafür ist ein Ja die einzige Möglichkeit. Eine Rückkehr zum früheren Zustand ist auch bei einer Ablehnung nicht möglich.

Das Gebiet VoltaNord ist ideal erschlossen für alle Verkehrsteilnehmenden, sowohl was den öffentlichen Verkehr, als auch die Anliefermöglichkeiten für das Gewerbe betrifft.

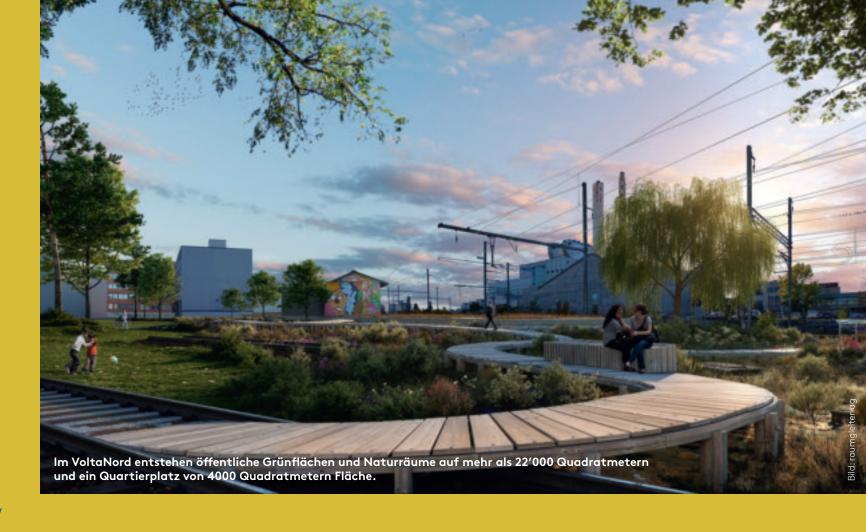




Präsidium des Komitees «Ja zu VoltaNord – Mehr Stadt für Alle»

- Harald Friedl,
 Präsident Grüne
- Brigitte Gysin,Präsidentin EVP
- Jacques Herzog,Herzog & de Meuron
- Pascal Pfister,Präsident SP
- Elio Tomasetti,
 Unternehmer
- Patricia von Falkenstein,
 Präsidentin LDP

Eine vollständige Liste der Komiteemitglieder finden Sie auf www.javoltanord.ch



LDP, SP, EVP, Grünliberale, Grüne, BastA, Handelskammer beider Basel und WWF haben die Ja-Parole zu VoltaNord beschlossen. Für ein Ja setzen sich auch die Stiftung Habitat und die Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz ein.

